

Resume

Der Umgang mit dem Islam in Deutschland

Bekir Alboğa M.A.

Exzellenzen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte als Sprecher der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., der größten zivilorganisatorischen Dachorganisation der muslimischen Verbände und der türkischstämmigen Minderheit in Deutschland über den Umgang mit dem Islam und der muslimischen Minderheit in Deutschland berichten.

Den ausführlichen Text habe ich als elektronische Datei verteilen lassen.

Unser wichtigstes Anliegen als muslimische Minderheit in Deutschland ist es, unter Bewahrung unserer kulturellen und religiösen Tradition in Frieden und Freiheit in unserer neuen Heimat würdevoll leben zu können und leben zu dürfen.

Wir fördern die Integration durch Deutschkurse sowohl in unseren repräsentativen wie auch Hinterhofmoscheen sowie Moschee- und Kulturvereinen. Die ausschlaggebende Mehrheit der ca. 3,5 Millionen gläubigen Muslime und die Mitglieder und Besucher unserer Moscheegemeinden achten das Grundgesetz der BRD. Dennoch gelingt uns die Integration nicht im gewünschten Maße, da die Muslime die vollen Rechte der freien Religionsausübung und volle staatliche Förderung um Partizipation am gesellschaftlichen Leben in Deutschland nicht wahrnehmen können. Und dies, obwohl wir jede Form von Extremismus und Fanatismus immer wieder verurteilen, uns von Gewalt und Terror ständig distanziert haben und uns für interreligiösen und offenen Dialog eingesetzt haben.

Folgende konkreten Schritte würden die Integration, d.h. keine Assimilation, sondern Partizipation und Gleichstellung der Muslime, spürbar fördern:

1. **Gewährung der Gleichbehandlung, Gleichstellung und Gleichberechtigung der Muslime in Deutschland: Weder sind die Muslime in Deutschland trotz ihrem mehr als 40 jährigen Dasein den katholischen, evangelischen, griechisch-orthodoxen oder freien Kirchen, den jüdischen Gemeinden, noch den Zeugen Jehovas oder Scientology gleichgestellt, noch werden sie gleich behandelt wie sie, noch werden sie überhaupt gefördert.**
2. **Die Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft mit Körperschaft des öffentlichen Rechts und ihrer Kultur als eine Bereicherung: Die Muslimischen**

**Organisationen sind lediglich eingetragene Vereine und haben höchstens den Status eines Fußballvereins, daher dürfen sie auch ihre Gläubigen aus dem Minarett nicht öffentlich zum Gebet in die Moschee einladen. Unsere religiösen Feiertage werden nicht als solche anerkannt. Es wird sogar von Muslimen gefordert, nicht mehr in ihrer Muttersprache zu predigen, wo doch in Deutschland in den Kirchen auf Griechisch, Englisch, Spanisch, Italienisch etc. gepredigt und gebetet wird.**

- 3. Die Einführung des Islamischen Religionsunterrichtes: Wir können unseren Kindern eine islamische Unterweisung in der Schule nicht anbieten, wie die Kirchen dies tun.**
- 4. Vermeidung von undifferenzierten Aussagen, die zum Generalverdacht, zu Extremismus, Antisemitismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie zu Islamfeindlichkeit und Diskriminierung der Muslime ermutigen. Massenmedien und die politischen Parteien können durch ihre differenzierten Aussagen dabei eine verhindernde Rolle spielen. Dies tun sie leider nicht immer. Daher ist die Angst vor dem Islam und Muslimen innerhalb eines um Jahres ca. 10 % gestiegen. Tendenz steigend. In Bundesländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen dürfen die christlichen und jüdischen Lehrkräfte ihre religiös motivierte Kleidung tragen, die muslimischen jedoch nicht mehr. Es wurde ihnen verboten, in islamischer Kleidung zu unterrichten.**
- 5. Sitz in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten: Da wir in den Medien selten selbst zu Wort kommen, können wir die Gesellschaft nicht aufklären. Denn wir sitzen nicht in den Rundfunk- u. Fernsehgremien, wie die Vertreter christlicher Kirchen und jüdischer Religionsgemeinschaft.**

Wir begrüßen die Veranstaltung von Integrations- und Islamgipfel in Deutschland. Da wir jedoch als Muslime in der BRD bis jetzt durch unsere eigenen Bestrebungen kaum Erfolge erzielen konnten, setzen wir unsere Hoffnung auf diese Konferenz, und darauf, dass Sie durch Ihren Einsatz hoffentlich erreichen, dass die muslimische - und aber auch die türkische - Minderheit in Deutschland und Europa ebenso als Menschen erster Klasse behandelt wird, wie z. B. auch die Christen.

Dass dies nicht der Fall ist, spürte ich am internationalen Flughafen Warschau bei meiner Einreise für diese Konferenz in Polen. Dort wurde ich in einem kalten Raum, in dem die

Heizung nicht funktionierte, den man jedoch „Hotelzimmer“ nannte, gegen 85 EURO mehr als 20 Stunden festgehalten. Und dies nur, weil ich keinen deutschen, sondern einen türkischen Reisepass mit dem Aufenthaltsstatus der Aufenthaltsberechtigung für Deutschland hatte, und das Visum nicht in Deutschland, sondern am Flughafen beantragt hatte. Man hat sich ohne meine Zustimmung meine Unterlagen angeschaut, die ich für diese Konferenz vorbereitet hatte, vielleicht sogar kopiert. Das ist nicht akzeptabel.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Der Umgang mit dem Islam in Deutschland

Bekir Alboğa M.A.

Exzellenzen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte als Dialogbeauftragter und Sprecher der größten zivilorganisatorischen Migrantorganisation der türkischstämmigen Minderheit und gleichzeitig größten und mitgliedstärksten Dachorganisation muslimischer Verbände in Deutschland einen verkürzten Informationsvortrag über den Umgang mit dem Islam und der Muslimischen Minderheit in Deutschland an Sie richten. Diese Organisation ist in Deutschland als DITIB bekannt und heißt Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.

Dieser Vortrag ist eine kurze Zusammenfassung des Textes, den ich als Datei habe verteilen lassen.

Unser wichtigstes Anliegen als muslimische Minderheit in Deutschland ist es, unter Bewahrung unserer kulturellen und religiösen Tradition sowie Achtung der Verfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Wohlstand in unserer neuen Heimat Deutschland würdevoll leben zu können und zu dürfen.

Ich kann hier und heute nur exemplarisch auf einige unserer Schwierigkeiten hinweisen, die uns dieses Leben nicht gerade leicht machen.

Um diese Worte an Sie richten zu können, musste ich leider vom 9.10. bis 10.10.2006 eine Gefangenschaft von ca. 24 Stunden im internationalen Flughafen in Polen hinnehmen. Ich dachte, ich fliege in ein Land, das Mitglied der EU ist und in dem europäische Standards herrschen. Aus dieser Überzeugung kaufte ich mein Flugticket und flog nach Warschau, um an einer Konferenz teilzunehmen, wo über Menschenrechte gesprochen wird, vergaß dabei jedoch, das Visum zu beantragen. Mein Kollege, der ebenfalls als Dialogbeauftragter der DITIB mit mir geflogen ist, durfte den Flughafen verlassen, weil er den deutschen Pass hatte. Ich mit meinem türkischen Pass musste hingegen in einem kalten Hotelzimmer am Flughafen frieren, welches weder Heizung noch Waschbecken oder Duschkabine hatte. Ich verurteile diese Diskriminierung. Schade, dass Sie als Ort der Konferenz diesen Staat gewählt haben, der mich inhuman behandelt hat.

An diese und ähnliche Fälle inhumanen Umgangs mit uns wollen wir uns nicht gewöhnen, auch wenn wir auch in Deutschland mit den anderen Religionsgemeinschaften nicht gleich gestellt sind und nicht gleichbehandelt werden.

Zuallererst möchte ich über die Situation der Muslime und des Islams in Deutschland heute, nach vierzigjähriger Migration der muslimischen Minderheit berichten und Sie bitten, sich umgehend um Maßnahmen zu kümmern, die zur Verbesserung der beschwerlichen Situationen der Muslime und zur Beseitigung der Versäumnisse dieser Vergangenheit unentbehrlich sind.

Ich lebe seit 1980 in Deutschland, habe dort Islam- und Publizistikwissenschaften studiert, bin seit 1990 in der Integrations- und Dialogarbeit intensiv aktiv. Ich bin Muslim türkischer Herkunft und gehöre zur türkisch-muslimischen Minderheit in Deutschland. Seit 2004 bin ich Angestellter der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), zuständig für interreligiösen Dialog und Öffentlichkeitsarbeit dieser größten zivilorganisatorischen deutschen Dachorganisation muslimischer Verbände in Deutschland.

Sehr geehrter Herr Vorsitzende,

zwar können wir Muslime im deutschen Staat auf der Grundlage der Verfassung im Großen und Ganzen in Sicherheit leben. Wir können auch einige Grundpflichten unserer Religion praktizieren. Wir können die Unabhängigkeit des Gerichts wahrnehmen und können uns darauf verlassen. Dennoch wurde bis heute offiziell nicht akzeptiert, dass dieses Land mittlerweile für die Mehrheit der Muslime die neue Heimat geworden ist. Für viele hier lebende, hier geborene und hierher zugewanderte Muslime ist sie sogar die einzige Heimat. Die muslimischen Schülerinnen und Studentinnen können im gesamten Deutschland, und Lehrerinnen in einigen Bundesländern noch mit Kopftuch in der Schule, an der Uni und insgesamt im öffentlichen Raum und Leben präsent sein. Sie können ihrer Spiritualität und Frömmigkeit einen sichtbaren Ausdruck verleihen. Sie erfahren in wenigen Fällen Diskriminierung. In vielen Städten können sie, auch wenn die Erteilung der Baugenehmigung sehr viel Zeit kostet, und mit vielen Erschwernissen und Stolpersteinen verbunden ist, repräsentative Moscheen bauen. Dadurch werden sie von der Gesellschaft wahrgenommen und dies führt wiederum zur Öffnung und Verständigung auf beiden Seiten.

Aber die zunehmenden Ängste eines beachtlichen und substantiellen Gesellschaftskerns der Bevölkerung gegenüber den Muslimen und dem Islam emotionalisieren die gesamtgesellschaftliche Atmosphäre, die Muslime wie Nicht-Muslime gleichzeitig spüren. In dieser Situation werden die Muslime in den Beiträgen und Berichten der Massenmedien ständig verbal angegriffen und diskriminiert. Diese Medienpolitik schürt Vorurteile, Generalverdacht und Ängste ohne Grenzen. Es ist kaum eine differenzierte Behandlung und sachgemäße Darstellung des Islam zu verzeichnen. Die muslimischen Frauen mit Kopftuch

auf der Straße, Frauen wie Männer auf dem Arbeitsplatz, Schülerinnen und Schüler in der Schule fühlen sich diesen verbalen Angriffen ausgeliefert, die weitere Diskriminierung als Folge haben. Sie leiden unter Generalverdacht. Ihnen wird vorgeworfen, sie würden den Terrorismus und die Gewalt nicht verurteilen oder sich davon nicht deutlich distanzieren, obwohl sie dies jedes Mal tun, wenn ihre Religion missbraucht wird. Bischof Huber, der Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, stützt diese Diskriminierung permanent. Die Muslime in Deutschland werden gezwungen, sich in den meisten Fällen und Arten der gesamten Islam-Debatte ständig in die Defensive zu begeben. Bestimmte Meinungsmacher und Massenmedien, z. B. Medienorgane des Axel Springer Verlags wie die Tageszeitung Welt, Welt Kompakt, Bildzeitung und Fernsehkanäle verstärken bewusst und provokativ die Islam-Phobie. (*Islamphobia: Fact Not Fiction, Rummmymede Trust, Oktober 1997*) Da die provokative und diskriminierende Unterschriftensammlung in Hessen gegen die Doppelstaatlichkeit, die fasst ausschließlich gegen die türkischstämmigen Muslime gerichtet war, der CDU in Hessen den politischen Sieg verschaffte, versucht man nun mit Islam-Phobie und im gleichen Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft der Türkei mit einer muslimischen Bevölkerung wieder politisches Profit zu schlagen. Diese Hetzkampagne wird vor allem von den Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, Roland Koch, Ministern wie Dr. Günter Beckstein und kirchlichen Würdenträgern wie Bischof Huber unermüdlich weitergeführt. Ich fürchte, dass die Muslime bald in ihren Moscheen nicht mehr in ihrer Muttersprache predigen dürfen werden, wenn diese verletzenden Debatten über den Islam und die Muslime nicht zivilisiert und kultiviert werden und sachgemäß geführt werden. Ein Beispiel dafür ist die Wahlkampfrede der ehemaligen baden-württembergischen Kultusministerin Frau Schavan vor der Wahl zu ihrem derzeitigen Amt als Bundesministerin für Forschung und Wissenschaft für das Amt des Landesministerpräsidenten in Stuttgart. In dieser forderte sie, dass in den Moscheen nur noch auf Deutsch gepredigt werden dürfe. Dabei weiß sie als die dafür verantwortliche Ministerin genau, dass sie in Baden-Württemberg nichts unternommen hat, um die theologischen Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen. Diese und unzählige andere Profitsuchtfälle, jedes Mal mit islamfeindlichem Hintergrund, haben eine faktische Situation geschaffen, über die wir äußerst besorgt sind. Unsere Sorge wird durch die Ergebnisse der letzten Allensbach-Umfrage vom Mai 2006 bestätigt. Danach wuchsen die Ablehnung der Muslime und die Angst vor dem Islam drastisch. Teilten vor zwei Jahren bereits 75 % der Befragten Deutschen die Auffassung, der Islam sei von Fanatismus geprägt, sind es dieses Jahr schon 83 %. **Die Angst vor dem Islam innerhalb eines Jahres ist um ca. 10 % gestiegen, Tendenz steigend.** Da wir jedoch in den Medien selten selbst zu Wort

kommen, können wir die Gesellschaft mit unseren sachgemäßen Informationen demzufolge leider nicht genügend erreichen. Wir sitzen leider nicht in den Rundfunk- u. Fernsehgremien, wie die Vertreter christlicher Kirchen und Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Nach der Ansicht der politischen Parteien obiger Gesinnung aller Couleur und von ihnen populistisch manipulierten Gesellschaftsschichten gewährt die BRD den Muslimen zu viel Toleranz, Rechte und Freiheiten. Nach ihrer Meinung sollte man den Muslimen nicht erlauben, neue Moscheen zu errichten, oder ihre Errichtung unmöglich erschweren, sie zu zwingen weiterhin auf den öffentlichen Gebetsruf (Adhan) zu verzichten, ihnen weiterhin nicht ermöglichen einen islamischen Religionsunterricht in der Schule anzubieten. Sie möchten den muslimischen Beamtinnen und Lehrerinnen verbieten, weiterhin mit Kopftuch arbeiten zu dürfen, und wenn es geht, dieses Verbot sogar auch auf die muslimischen Schülerinnen in der Schule ausweiten. Es wurde festgestellt, dass man in manchen Städten und Ländern wie Gießen und Berlin selbst den Putzfrauen muslimischer Glaubensrichtung verbietet, mit Kopftuch ihre Putztätigkeit an der Uniklinik oder in anderen öffentlichen Gebäude auszuüben. Das zeigt uns, welche diskriminierenden Folgen diese Gesetzesentwürfe in Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern als politische „Präventivmaßnahmen“ haben könnten, die sich ursprünglich angeblich nur auf die Lehrerinnen beschränken sollten. Die christlichen und jüdischen Lehrkräfte dürfen ihr christliches und jüdisches Kleidstück tragen, aber die muslimischen nicht. Laut Pressemitteilung des Interkulturellen Rates in Darmstadt vom 14. Juni 2004 ist gegenwärtig eine Zunahme von antisemitischen und insbesondere antiislamischen Einstellungen bei deutschen Jugendlichen zu beobachten. Um dieser schrecklichen Entwicklung nicht passiv zuzuschauen, hat der Interkulturelle Rat in Deutschland ein „Clearingprojekt“ zum Zusammenleben mit Muslimen gestartet, das auch vom deutschen Bundesinnenministerium und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit gefördert wird.

Es ist kein Wunder, wenn man den Islam vom Islamismus in der altbürgerlichen Gesellschaft in der BRD nicht mehr unterscheiden kann, und wenn der Islam in den letzten Zeiten nur noch zu einer sicherheitspolitischen Thematik gemacht wird. Es ist eine schlimme „Kopftuch-Debatte“, deren Folgen auch entsetzlich sein können. Durch diese Debatte sind die Ängste der Gesellschaft deutlich geworden und die Muslime sind jetzt aufgefordert, diese Ängste ernst zu nehmen. Die nach dem deutschen demokratischen Vereinsrecht gegründete und größte zivilorganisatorische Dachorganisation muslimischer Verbände in Deutschland, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. in Köln, verstärkt in den letzten Jahren auch

aus dieser faktischer Notlage ihre Dialog-, Integration- u. Verständigungsprojekte und arbeitet mit dem Interkulturellen Rat in Deutschland, mit beiden christlichen Kirchen und dem Zentralrat der Juden in Deutschland zusammen.

Denn wenn dieser Entwicklung nicht rechtzeitig ein Ende gesetzt wird, dann müssen wir alle mit weiteren gewalttätigen Ausschreitungen deutscher Extremisten und christlich-evangelikalischen Fundamentalisten rechnen. In einigen Städten wie Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg haben Sie bereits eine Moschee mit Pistolenschüssen angegriffen. Gott sei Dank war um diese Uhrzeit kein Gemeindemitglied dort zugegen. Mauer und Türen von Moscheen werden mit Hakenkreuzen beschmutzt. Muslime fühlen sich bedroht. Da man die Täter nicht ausfindig machen kann, fühlen sich die Täter ermutigt, ihre Angriffe fortzusetzen, während sich die Muslime vom deutschen Staat allein gelassen fühlen.

Folgende konkreten Schritte würden die Integration der Muslime in die Gesellschaft spürbar fördern und ihre Gleichstellung mit den katholischen, evangelischen und jüdischen Gemeinden ermöglichen:

- 6. Gewährung der Gleichbehandlung, Gleichstellung und Gleichberechtigung der Muslime in Deutschland: Weder sind die Muslime in Deutschland trotz ihrem mehr als 40 jährigen Dasein den katholischen, evangelischen, griechisch-orthodoxen oder freien Kirchen, den jüdischen Gemeinden, noch den Zeugen Jehovas oder Scientology gleichgestellt, noch werden sie mit ihnen gleich behandelt oder überhaupt gefördert.**
- 7. Die Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft mit Körperschaft des öffentlichen Rechts und ihrer Kultur als eine Bereicherung: Die muslimischen Organisationen sind lediglich eingetragene Vereine und haben höchstens den Status eines Fußballvereins, daher dürfen sie auch ihre Gläubigen aus dem Minarett nicht öffentlich zum Gebet in die Moschee einladen. Unsere religiösen Feiertage sind nicht als solche anerkannt.**
- 8. Die Einführung des Islamischen Religionsunterrichtes: Wir können unseren Kindern eine islamische Unterweisung in der Schule nicht anbieten, wie die Kirchen dies tun.**



9. **Vermeidung von undifferenzierten Aussagen, die zum Generalverdacht, zu Extremismus, Antisemitismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie zu Islamfeindlichkeit und Diskriminierung der Muslime ermutigen. Massenmedien und die politischen Parteien könnten durch ihre differenzierten Aussagen dabei eine verhindernde Rolle spielen, dies tun sie leider jedoch nicht immer. Daher ist die Angst vor dem Islam und Muslimen innerhalb eines Jahres ca. 10 % gestiegen, Tendenz steigend.**
10. **Sitz in den Gremien der öffentlich rechtlichen Anstalten: Da wir in den Medien selten selbst zu Wort kommen, können wir die Gesellschaft nicht aufklären. Denn wir sitzen nicht in den Rundfunk- u. Fernsehgremien, wie die Vertreter christlicher Kirchen und jüdischer Religionsgemeinschaft.**

Es ist heutzutage bedauerlicherweise eine neue Tendenz zu verzeichnen, die es eigentlich in den letzten 30 Jahren fortwährend gegeben hat, die jedoch derzeit noch stärker in den Vordergrund tritt. *Den Islam für die Muslime durch Nicht-Muslime zu definieren.* Unerwartet hat man mit „Experten“ zu tun, die den Muslimen den Islam lehren wollen. Diese Entwicklung und dieses Phänomen haben mehrere Facetten und Gründe. Zum einen genießt der hier im Laufe des muslimischen Entwicklungsprozesses in den letzten Jahrzehnten gewachsene intellektuelle Reichtum nicht die gebührende Anerkennung, Förderung und gebührende Würdigung seitens Politik und Presse.

Es muss nun den Muslimen gelingen, aus ihnen eine intellektuelle Breite auf muslimischer Seite zu schaffen. Vielmehr werden meistens Schriftsteller und Intellektuelle, die über den Islam schreiben, jedoch in ihrem inneren Wesen den Islam nie objektiv betrachten können, zu Rate gezogen, besser gesagt zu Wort kommen gelassen. Es ist ein lohnender Markt entstanden, auf dem genau die Bücher über den Islam wunderbares finanzielles Profit bringen, die die bereits vorhandenen, meistens unsachgemäßen und schablonenartigen Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft bestätigen oder sie noch mehr verstärken. Hinzu kommen die verunsichernden Berichterstattungen der Massenmedien. Die meisten Vertreter der Medien und der Gesellschaft wissen nicht mal den Unterschied zwischen Islam und Islamismus und setzen vor den Terror meistens das Wort „islamisch“. Genauso wenig können sie wenigstens das Wort für den Vorbeter richtig schreiben, statt Imam schreiben und sprechen sie Iman.

Also ist es zu recht verlangt, dass sie objektiv über den Islam und die Muslime schreiben. Jedoch sind viele von ihnen Gefangene ihrer eigenen subjektiven Vorstellungen,

Desinformationen und Ignoranz, die sie nicht so gerne revidieren lassen möchten. Es bringt ihnen Prominenz, Geld und Prestige in der Gesellschaft, Wissenschaft und Politik.

Diese intellektuelle Schicht beeinflusst ihre Zuhörer und Leserschaft in Gesellschaft und Politik massiv. Folglich sagen die passiven Zuschauer, wir haben ein christliches Land und die Zuwanderer, damit sind fast ausschließlich nur die Muslime gemeint, sowie die Ausländer, damit meint man meistens die Türken, haben sich anzupassen. Auf die Frage, was für sie nun die Integration bedeutet, bekommt man eine Definition, die dem Inhalt nach einer blinden Nachahmung und Assimilation gleicht. Sie möchten, dass die Religion des Islams und die muslimische Präsenz unsichtbar und unbemerkt bleiben. Muslime: ja, aber Moscheen mit Minarett: nein. Ebenso „ja“ zu muslimische Frauen, jedoch ohne Kopftuch. Viele dieser „Experten“, wie Bassam Tibi oder Necla Kelek beraten Politiker und Minister unsachgemäß und beeinträchtigen dadurch die Diskussion und Debatte über die Muslime sehr negativ.

Wenn manche dieser politischen und intellektuellen Schichten der Gesellschaft könnten, würden sie gerne die Verfassung des deutschen Grundgesetzes so ändern, dass die dort garantierte Religionsfreiheit sich nur auf die freie Religionspraxis der Christen und aus historischen Schuldgefühlen auch der Juden beschränken sollte. Gott sei Dank haben wir ein gut funktionierendes Bundesverfassungsgericht und eine Mehrheitsgesellschaft von Demokraten, die Radikalismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ablehnen.

Was bezwecken die Muslime mit ihrer Religionsausübung?

Die junge Generation der Muslime, Frauen wie Männer, will nichts anderes, als von der Gewährung des Grundgesetzes Gebrauch zu machen. Viele von ihnen sind in Deutschland zur Welt gekommen, haben die deutsche Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund und / oder sind deutscher Abstammung. Die deutschstämmigen Muslime können damit nichts anfangen, wenn man von ihnen laut die Anpassung verlangt. Sie sind muslimische Deutsche. Was Kulturverständnis u. -Praxis der jungen muslimischen Generation angeht, die ursprünglich aus der Türkei, Ägypten, Pakistan oder Senegal abstammt, so ist sie genauso wie ihre zeitgenössische nicht-muslimische Generation in ihrer „deutsch“ geprägten Gesellschaft von den Modearten, Gepflogenheiten und Vorlieben ihrer Umwelt stark beeinflusst, ja fast geprägt. Auf kurze oder lange Sicht, der Prozess begann bereits, sie sind „echt“ integriert, mit ihrer kulturellen und religiösen Identität.

Auch die praktizierenden Muslime, die sich nicht nur oder überhaupt nicht als Kulturmuslime definieren und verstehen, sind allgemein mit der Integration einverstanden und sind entweder tatsächlich integriert, oder sie machen diesen Prozess durch. Dabei kommt es nur darauf an, ob sie sich unter Wahrung und Bewahrung ihrer legitimen Ansprüche auf ihre Gesellschaft

einlassen können. Sie wünschen sich, ihre Rolle als Bürger, aber als muslimische Bürger, wahrzunehmen. Aus langjährigen Erfahrungen sowohl im Bereich der Migrationsarbeit wie auch auf dem Gebiet der interreligiösen und multireligiösen Arbeit, kann ich Folgendes nur bestätigen: „wenn sie ihre Pflicht zum Handeln im Einklang mit dem Gesetz erfüllen und von ihnen nicht verlangt wird, einen Teil ihrer Identität aufzugeben, gibt es [...] keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Zugehörigkeiten.“ (Vgl. dazu auch : Tariq Ramadan: Muslimsein in Europa, Köln 2001, S. 243f.)

Es trifft überhaupt nicht zu, dass nur die Muslime „vertrauenswürdig“ sind, die weder ihre Religion praktizieren noch ihre muslimische Persönlichkeit bekunden. Frömmigkeit und Religionspraxis dürfen nicht mit Radikalismus verwechselt werden.

Die radikalen Tendenzen unter den traditionell muslimisch geprägten Gesellschaftssichten in der BRD, die eine eher marginale Erscheinungsform darstellen, kann man mit Verbot der Praxis bestimmter religiösen Vorschriften, wie das Tragen des Kopftuchs oder der öffentlichen Rezitation des muslimischen Gebetsrufs aus dem Minarett nicht ansprechen. Die Türkei schlägt diesbezüglich einen neuen Weg ein, der für die Politik in Deutschland ein Vorbild sein könnte. Der Präsident des Präsidiums für Religionsangelegenheiten in der Türkei, Prof. Bardakoglu, erläuterte während seines letzten Besuches in Berlin und Köln vor Presse und Öffentlichkeit, dass die Türkei eine Neuauslegung des Verständnisses des Islam gemäß Aufklärung und Demokratie vorgenommen hat, wodurch die Rechte der Frau verbessert, die Demokratie gefördert und die Beachtung der Menschenrechte verstärkt werden. Auch die Überzeugung, dass die Religionen zu einem Dialog kommen müssen, wurde mehrfach betont.

Ich halte diese Leistung der Türkei und ihrer Religionsbehörde für eine Bereicherung für die EU, eine Chance für den Weltfrieden, und für eine Förderung der Integration der Muslime hier sowie ihre Immunisierung gegen radikalen Tendenzen ist dies ein wesentlicher und historischer Beitrag. Seine Anregung, dass man in Deutschland islamisch-theologische Fakultäten einrichten müsse, die von DITIB wahrgenommen und unterstützt werden, ist die beste Maßnahme dafür. Damit kann man eine theologische Wissensbasis schaffen und die muslimischen Gläubigen in der BRD vor jeglichen Manipulationen schützen. Es kommt nun darauf an, ob die einzelnen Landeskultusministerien in der BRD bereit sind, die vom Präsidenten Bardakoğlu signalisierte Zusammenarbeit rechtzeitig zu würdigen und sie zusammen mit DITIB in die Tat umzusetzen. Sonst bleibt jede Kritik ohne Grundlage. Wir alle sind leider viel zu verspätet, um mit dieser gemeinsamen Aufklärungs- u. Friedensarbeit zu beginnen. (Vgl. Interviews mit dem Präsidenten Barakoglu mit der Berliner Zeitung am 22. Juni 04 und mit der Welt am Sonntag am 19. Juni 04)

Da wir Muslime in der BRD bis jetzt durch unsere eigenen Bestrebungen kaum Erfolge erzielen konnten, setzen wir unsere Hoffnung auf diese Konferenz und erwarten von Ihnen, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die muslimische Minderheit in Deutschland ebenso als Menschen erster Klasse behandelt wird, wie auch die christlichen und jüdischen Gläubigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.